

Außenwirtschaft aktuell



NIHK
Niedersächsischer
Industrie- und Handelskammertag

12 2016

Veranstaltungen/Unternehmerreisen 3

26. Januar 2017: Seminar Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 2016/17, Emden	3
19. bis 23. Februar 2017: Geschäftsanbahnungsreise für Schiffbau und Meerestechnik, Indonesien	4
11. bis 18. Juni 2017: Unternehmereise des Landes Niedersachsen, Mexiko/Kuba	5

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 6

Argentinien: Öffentliche Ausschreibungen zur Eisenbahninfrastruktur	6
Argentinien: Ausschreibung für Häfen in Misiones	6
EU: Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit südafrikanischer Entwicklungsgemeinschaft	6
EU: Handelsübereinkommen mit Kolumbien und Peru; Assoziierungsabkommen mit Chile	7
EU: Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika bezüglich des Präferenzzolls für Bananen aus Guatemala	8
EU: Kombinierte Nomenklatur 2017 veröffentlicht	8
EU: Antidumpingregelungen bezüglich bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen/Stahl mit Ursprung in der Russischen Föderation und der Ukraine	9
EU: Antidumpingregelungen bezüglich manueller Palettenhubwagen (und wesentlicher Teile davon) mit Ursprung in der VR China	9

Ländernotizen 10

Ägypten: Einfuhrverbot für Krafträder mit Zweitaktmotoren	10
Ägypten: Exportzölle auf bestimmte Metallerzeugnisse und Abfälle verlängert	10
Algerien: Neues Investitionsgesetz	11
Armenien: Wirtschaftsstruktur und -chancen	11
Äthiopien: Umweltfreundliche Industrieparks	11
Australien: Windenergie erwacht allmählich aus Dornröschenschlaf	12
Brasilien: Investitionen sollen Wirtschaft aus der Rezession führen	12
Bulgarien: Kaufkraft und Konsumverhalten	12
China: Mit "Made in China" an die Weltspitze	13
China: Globaler Schiffsbau bleibt im Krisenmodus	13
Cote d'Ivoire: Wichtigen Absatzmarkt für Maschinen	13
Frankreich: Automarkt in guter Verfassung	13
Ghana: Rechtliche Rahmenbedingungen in a Nutshell	14
Indien: Gute Perspektive für Bio- und Labortechnik	14
Italien: Werkzeugmaschinenbauer sind vorsichtig optimistisch	14
Italien: Wieder der größte Weinproduzent der Welt	14
Irland: Unternehmer müssen Bauabzugssteuer beachten	15
Israel: Bekanntgabe ausländischer Ausschreibungssieger für Wohnungsbauprogramm	15
Kanada: Atlantikprovinzen bieten Potenzial für Windenergie	15
Kanada: Modernisierung der Strominfrastruktur	15
Kanada: Sonnige Aussichten für Solarindustrie	15
Kanada: Nahrungsmittelverarbeitende Industrie investiert	16
Kenia: Mittelstand entdeckt den Luxus	16
Korea: Batteriehersteller kämpfen mit Problemen	16

Korea: Umweltfreundliche Energien.....	17
Luxemburg - Reform des Gesellschaftsrechts	17
Mexiko: Energierecht mit Paradigmenwechsel.....	18
Niederlande: Kreditvergabe und Zahlungsmoral	18
Norwegen: Ausbau der Windenergie.....	18
Polen: Verpackungsindustrie erhöht Kapazitäten	19
Polen: Zahlungen über 15.000 Zloty nur noch per Überweisung möglich.....	19
Polen: Gastronomen schwingen eifrig den Kochlöffel.....	19
Russland: Industrie 4.0 wird langsam angegangen	20
Russland: Kooperation mit Japan wird ausgebaut.....	20
Russland: Neue Regelungen für Abfallrecycling.....	20
Taiwan: Getränkeindustrie fehlen Wachstumsimpulse	20
Türkei: Verkündung mittelfristiger Wirtschaftsziele 2017 bis 2019	21
Ukraine: Abschaffung der einheitlichen Preisindikatoren für den Zollwert.....	21
Ukraine: Ernährungswirtschaft zieht Investitionen an.....	21
USA: LNG-Marktschwäche stellt Pläne für neue US-Exportterminals infrage.....	22
USA: Ausfuhrfreigabe für Rohöl zeigt bislang wenig Wirkung.....	22
Vietnam: Ausbau der Tiefwasserhäfen.....	22
Auslandsangebote/ -anfragen	22
Abnehmer von Getreide, Früchten und Samen aus Ghana gesucht.....	22
Allgemeines	23
Deutscher Unternehmerpreis für Entwicklung 2017.....	23
Veröffentlichungen	23
Iran: Merkblatt über gewerbliche Wareneinfuhren.....	23
Kuba: Merkblatt über gewerbliche Wareneinfuhren 2016.....	24
Russische Föderation: Merkblatt über gewerbliche Wareneinfuhren.....	24
Impressum	25

Veranstaltungen/Unternehmerreisen

26. Januar 2017: Seminar Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 2016/17, Emden

(IHK) - Zum Jahreswechsel treten im Zoll-, Außenwirtschafts- und Ursprungsrecht der EU regelmäßig Neuerungen in Kraft. Das Seminar verschafft den verantwortlichen Mitarbeitern im Unternehmen einen Überblick über aktuelle Änderungen.

Der Schwerpunkt liegt dabei unter anderem auf folgenden Themen:

- Aktuelle Änderungen im Zollrecht
- Praktische Anwendung des neuen Unionszollkodexes
- Änderungen im Bereich Warenursprung und Präferenzrecht
- Entwicklungen im Export- und Importrecht
- Update zu verschiedenen Embargos sowie neuen Präferenz- und Freihandelsabkommen

Strategische und praktische Tipps runden die Themenschwerpunkte ab.

Datum: 26. Januar 2017
Uhrzeit: 9 bis 17 Uhr
Ort: IHK für Ostfriesland und Papenburg,
Emden, Plenarsaal
Referent: Dr. Barthel

Ansprechpartner: Meike Westerman/Elke Wiertzema
Telefon: 04921 8901 31
Fax: 04921 8901 9231
E-Mail: international@emden.ihk.de

Anmeldungen gerne per E-Mail an international@emden.ihk.de oder über den beigefügten Anmeldebogen, Anmeldeschluss ist der 13.01.2017.

19. bis 23. Februar 2017: Geschäftsanbahnungsreise für Schiffbau und Meerestechnik, Indonesien

(BMW) - Die Deutsch-Indonesische Industrie- und Handelskammer (AHK/EKONID) organisiert vom 19. bis 23. Februar 2016 in Kooperation mit dem Verband für Schiffbau und Meerestechnik (VSM) im Rahmen des BMW - Markterschließungsprogramms für kleine und mittelständische Unternehmen eine Geschäftsanbahnungsreise, welche den teilnehmenden Unternehmen die Gelegenheit bietet, auf dem indonesischen Markt aktiv zu werden. Zur Delegationsreise Indonesien werden in erster Linie Schiffbauer, Vertreter der maritimen Industrie sowie die entsprechenden Zulieferer eingeladen. Während des fünftägigen Aufenthaltes lernen die Teilnehmer den Wirtschaftsstandort Indonesien und den maritimen Sektor näher kennen und haben die Möglichkeit, in gezielten individuellen B2B Meetings Geschäftsbeziehungen mit indonesischen Unternehmen aufzubauen.

Die indonesische Regierung hat seit ihrem Amtsantritt 2014 große Investitionen in der maritimen Industrie getätigt, und untermauert damit den eigenen Anspruch Indonesien langfristig wieder zu einer der wichtigsten maritimen Achsen in Südostasien aufzubauen. Das Transportministerium wurde seither mit einem zusätzlichen Budget von 1,5 Milliarden US Dollar bedacht. Insgesamt sollen 59 Warenumschlagsplätze (Crossing Docks) und Pilothäfen in 26 Gebieten aufgebaut werden, von denen insbesondere die östlichen Gebiete Indonesiens profitieren sollen. Die Investitionen werden außerdem in die Entwicklung und den Ausbau der Hafeninfrastruktur fließen. Um den Ausbau weiter voranzutreiben, wurden mit dem präsidentiellen Erlass Nr. 3/2016 12 strategische Hafenprojekte benannt, deren Durchführung beschleunigt erfolgen soll. Zusätzlich sollen bis zum Jahr 2019 rund 1.500 Häfen modernisiert und ausgebaut werden. Insgesamt sieht der nationale Haushalt im Jahr 2016 5,8 Milliarden USD für maritime Projekte vor.

Um seinen ehrgeizigen Plan, Indonesien zur einer globalen maritimen Achse auszubauen, muss Präsident Joko Widodo die Werftindustrie wiederbeleben. Die Regierung verfolgt daher das Ziel, die Kapazitäten der landesweit rund 200 Werften zu erhöhen. Sie sind in der Lage, Schiffe mit einer maximalen Tonnage von lediglich 50.000 BRZ zu bauen und erreichen eine jährlich produzierte Bruttotragfähigkeit von etwa 800.000 Tonnen. Damit kann die Werftindustrie aktuell nur 10% des Bedarfs an neuen Schiffen decken. Die hohe Importabhängigkeit dürfte mittelfristig weiter steigen, wenn die Regierung wie geplant Hunderte von neuen Frachtern, Tankern und Fähren er-

wirbt. Durch finanzielle Unterstützung und steuerliche Erleichterungen sollen Kooperationen mit erfahrenen, ausländischen Vertretern der Schiffbauindustrien gefördert werden. Mit ihrer Unterstützung soll das ambitionierte Ziel der Regierung erreicht werden, bis zum Jahr 2025 lokal Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 200.000 Tonnen produzieren zu können.

Weiterführende Informationen zur Veranstaltung und zur Teilnahme sind unter www.ekonid.com erhältlich.

11. bis 18. Juni 2017: Unternehmereise des Landes Niedersachsen, Mexiko/Kuba

(IHK) - Das Land Niedersachsen plant in Zusammenarbeit mit der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Juni 2017 eine Unternehmereise nach Mexiko und Kuba. Im Januar soll dazu eine Einladung an interessierte Unternehmen versandt werden. Schon jetzt können sich interessierte Unternehmen auf die Interessentenliste setzen lassen um im Januar die Einladung direkt per Email zu bekommen. Dazu bitte eine Mail an hubert.buehne@stade.ihk.de mit dem Betreff „Interesse an der Reise Mexiko / Kuba“ und der Anschrift des Interessenten mit Emailadresse senden.

IHK am 23. Dezember und 30. Dezember 2016 ab 12 Uhr geschlossen

Aufgrund der diesjährigen Feiertagslage ist die IHK am Freitag, 23. Dezember, sowie am Freitag, 30. Dezember, jeweils ab 12 Uhr geschlossen. Die Ausstellung von Carnets und die Beglaubigung von Ursprungszeugnissen und sonstigen Exportpapieren sind daher nur bis 11.30 Uhr möglich. Zwischen den Feiertagen sind wir zu den gewohnten Zeiten für Sie da.

Die IHK und das Team International wünschen Ihnen, Ihren Kollegen und Ihrer Familie ein friedliche Vorweihnachtszeit, besinnliche Feiertage und einen guten Rutsch ins Jahr 2017.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Argentinien: Öffentliche Ausschreibungen zur Eisenbahninfrastruktur

(GKA) - Das Generalkonsulat der Republik Argentinien in Hamburg möchte Unternehmen in Norddeutschland dazu einladen, an den öffentlichen Ausschreibungen von Trenes Argentinos Infraestructura teilzunehmen.

Hierzu einige ergänzende Informationen:

LP42/2016: Projekt zur Wiederherstellung und Verbesserung der Zugstrecke Gral. Belgrano – Umfassende Renovierung der Infrastruktur auf der Strecke A: KM 11400 bis KM 1081,564 (Ramal C12) – KM 1081,564 bis KM 1203,800 (Ramal C18) und bei der Strecke B KM 1203,800 bis KM 1300,300 (Ramal C18) – KM 1174,050 bis KM 1313,000 (Ramal C15) der Provinzen Salta und Jujuy. Die Bedingungen für die Teilnahme an den Ausschreibungen finden Sie auf der offiziellen Website von Trenes Argentinos Infraestructura: www.adifse.com.ar/licitaciones.php

Argentinien: Ausschreibung für Häfen in Misiones

(GKA) - Das Generalkonsulat der Republik Argentinien informiert über die aktuelle Ausschreibung für die Erweiterung der Hafeninfrastruktur, des Steuerlagers und des Tockendocks in Posadas und Santa Ana, in der argentinischen Provinz Misiones. Informationen zu den Ausschreibungsbedingungen können unter dem folgendem Link abgerufen werden:

www.industria.misiones.gov.ar/appsa/

Für Nachfragen steht das Generalkonsulat der Republik Argentinien gerne zur Verfügung.

Generalkonsulat der Republik Argentinien

Mönckebergstrasse 22

20095 Hamburgo

» Tel.: 0049 40 441846-16 (Handelsabteilung)

» Fax: 0049 40 4105103

» comercio_chamb@mrecic.gov.ar

» www.chamb.mrecic.gov.ar

EU: Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit südafrikanischer Entwicklungsgemeinschaft

(gtai) - Die Europäische Union und die Republik Botsuana, das Königreich Lesotho, die Republik Namibia, die Republik Südafrika und das Königreich

Swasiland haben den Abschluss der für die vorläufige Anwendung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den SADC-WPA-Staaten andererseits (ABl. L 250 vom 16.9.2016, S. 3) notwendigen Verfahren notifiziert. Folglich wird das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Botsuana, dem Königreich Lesotho, der Republik Namibia, der Republik Südafrika und dem Königreich Swasiland ab dem 10. Oktober 2016 vorläufig angewandt. Hinsichtlich der Ursprungsregelungen tritt für Waren mit Ursprung in Botsuana, Namibia und Swasiland das Protokoll 1 des Abkommens betreffend die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ an die Stelle der Bestimmungen des Anhangs II der EU-Marktzugangsverordnung (Art. 5 VO (EU) 2016/1075 des Rates (ABl. L 185 vom 8.7.2016, S. 1)). Die Ratifizierung des Abkommens in Mosambik ist noch nicht abgeschlossen. Der Zeitpunkt der vorläufigen Anwendung des Abkommens zwischen EU und Mosambik ist deshalb noch offen.

EU: Handelsübereinkommen mit Kolumbien und Peru; Assoziierungsabkommen mit Chile

(gtai) - Die EU-Kommission prüft derzeit, ob und wie von den kolumbianischen und den chilenischen Behörden übermittelte Listen geografischer Angaben, die in Kolumbien bzw. in Chile als geografische Angaben geschützt sind, auch in der EU geschützt werden sollen. Grundlage für den gegenseitigen Schutz geografischer Angaben sind das Handelsübereinkommen von 2012 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits (ABl. L 354 vom 21. Dezember 2012, S. 3) sowie das Assoziierungsabkommen von 2002 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 352 vom 30. Dezember 2002, S. 3).

Die Kommission fordert daher in einer im Amtsblatt veröffentlichten Mitteilung alle Mitgliedstaaten und Drittländer sowie alle in einem Mitgliedstaat oder Drittland ansässigen oder niedergelassenen natürlichen oder juristischen Personen, die ein berechtigtes Interesse haben, auf, gegebenenfalls mittels einer hinreichend begründeten Erklärung Einspruch gegen einen solchen Schutz einzulegen.

Die in Frage kommenden geografischen Angaben sind den Listen in der Mitteilung der Kommission im Amtsblatt zu entnehmen.

Der Einspruch muss innerhalb von zwei Monaten nach dieser Veröffentlichung bei der Europäischen Kommission eingehen. Die Einspruchserklärungen sind an folgende E-Mail-Anschrift zu richten: AGRI-A1@ec.europa.eu Eine Einspruchserklärung ist nur dann zulässig, wenn sie fristgerecht eingeht und darin hinsichtlich des durch Eintragung zu schützenden Namens die in der Mitteilung gelisteten Nachweise erbracht werden.

EU: Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika bezüglich des Präferenzzolls für Bananen aus Guatemala

(gtai) Die EU-Kommission hat festgestellt, dass eine vorübergehende Aussetzung des Präferenzzolls auf Einfuhren frischer Bananen der Position 0803 90 10 der Kombinierten Nomenklatur der Europäischen Union mit Ursprung in Guatemala im Jahr 2016 nicht angemessen ist.

Das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits, das für die zentralamerikanischen Länder 2013 vorläufig in Kraft trat, zuletzt für Guatemala am 1. Dezember 2013, sieht einen Stabilisierungsmechanismus für Bananen vor. Danach beobachtet die Kommission die Einfuhr von Bananen aus diesen Ländern und erlässt, sobald die festgesetzte Auslösemenge für die Einfuhr frischer Bananen (Position 0803 90 10 der Kombinierten Nomenklatur der Europäischen Union) aus diesen Ländern überschritten ist, einen Durchführungsrechtsakt, mit dem sie entweder den in diesem Jahr für Einfuhren von Bananen geltenden Präferenzzoll vorübergehend aussetzt oder feststellt, dass eine solche Aussetzung nicht angemessen ist.

Die Einfuhren frischer Bananen mit Ursprung in Guatemala in die Europäische Union überstiegen im September 2016 den im genannten Assoziierungsabkommen festgelegten Schwellenwert von 65.000 Tonnen. Nach Prüfung gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass die Aussetzung des Präferenzzolls auf Einfuhren von Bananen mit Ursprung in Guatemala nicht angemessen ist.

EU: Kombinierte Nomenklatur 2017 veröffentlicht

(gtai) - Die Europäische Kommission hat die neueste Version der Kombinierten Nomenklatur (KN) veröffentlicht. Rechtsgrundlage der KN ist die Rechtsverordnung (EWG) Nr. 2658/87 betreffend die zollrechtliche und statistische Nomenklatur und den Gemeinsamen Zolltarif. Anhang I der Verordnung wird jährlich aktualisiert und im Amtsblatt der EU (Ausgabe L) veröffentlicht.

Die ab Januar 2017 gültige Fassung des Anhangs I wurde mit der Durchführungsverordnung (EU) 2016/1821 der Kommission vom 6. Oktober 2016 im Amtsblatt L 294 veröffentlicht.

Die neue Kombinierte berücksichtigt u.a. die jüngsten Änderungen der Nomenklatur des Harmonisierten Systems im Anhang des Internationalen Übereinkommens über das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren (HS 2017) und die Änderungen infolge des Übereinkommens in Form einer Erklärung über die Ausweitung des Handels mit Waren der Informationstechnologie (ITA). Des Weiteren ist es außerdem notwendig, die KN zu ändern, um beispielsweise veränderte Anforderungen in Bezug auf Statistiken und Handelspolitik, technische oder wirtschaftliche Entwicklungen und die Notwendigkeit einer Angleichung oder Präzisierung des Wortlauts oder die Änderungen von Verweisen im Anschluss an das Inkrafttreten des Zollkodex der Union zu berücksichtigen.

Das Statistische Bundesamt (StaBua) veröffentlicht erfahrungsgemäß im Zusammenhang mit der Neufassung des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik eine Aufstellung der im neuen Jahr eintretenden Änderungen. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese in Kürze auf der entsprechenden Internetseite des StaBua zum kostenlosen Download bereit steht.

EU: Antidumpingregelungen bezüglich bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen/Stahl mit Ursprung in der Russischen Föderation und der Ukraine

(gtai) - Die mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 585/2012 des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Russland und der Ukraine im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 (ABl. L 174 vom 4. Juli 2012, S. 5) eingeführte Antidumpingmaßnahme tritt am 5. Juli 2017, 24:00 Uhr, außer Kraft, sofern nicht ein Verfahren zur Überprüfung eingeleitet wird. Zur Einleitung einer Überprüfung ist ein schriftlicher Antrag der Gemeinschaftshersteller an die EU-Kommission erforderlich. Dieser Antrag muss genügend Beweise dafür enthalten, dass das Dumping und die Schädigung im Falle des Außerkrafttretens der Maßnahme wahrscheinlich anhalten oder erneut auftreten werden.

Die EU-Hersteller können nach der Veröffentlichung der u.a. Bekanntmachung einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen, der der Europäischen Kommission (Generaldirektion Handel, Referat H-1, CHAR 4/39, 1049 Brüssel, Belgien, E-Mail: TRADE-Defence-Complaints@ec.europa.eu) spätestens drei Monate vor dem angegebenen Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Maßnahme vorliegen muss.

EU: Antidumpingregelungen bezüglich manueller Palettenhubwagen (und wesentlicher Teile davon) mit Ursprung in der VR China

(gtai) - Nach der Veröffentlichung einer Bekanntmachung über das bevorstehende Außerkrafttreten der Antidumpingmaßnahme gegenüber den Einfuhren manueller Palettenhubwagen und wesentlicher Teile davon mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. C 34 vom 29. Januar 2016, S. 15) erhielt die Kommission einen Antrag auf Einleitung einer Überprüfung. Der begründete Antrag wurde von zwei EU-Herstellern, Toyota Material Handling Manufacturing Sweden AB und PR Industrial S.r.l., eingereicht, auf die mehr als 25% der gesamten Unionsproduktion manueller Palettenhubwagen und wesentlicher Teile davon entfällt.

Bei der derzeit geltenden Maßnahme handelt es sich um einen endgültigen Antidumpingzoll, der mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1008/2011

des Rates (ABl. L 268 vom 13. Oktober 2011, S. 1), zuletzt geändert durch die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 946/2014 der Kommission (ABl. L 265 vom 5.9.2014, S. 7), eingeführt wurde. Die Maßnahmen wurden mit der Verordnung (EG) Nr. 499/2009 des Rates (ABl. L 151 vom 16. Juni 2009, S. 1) auf aus Thailand versandte Einfuhren und mit der Durchführungsverordnung (EU) 2016/1346 des Rates (ABl. L 214 vom 9. August 2016, S. 1) auf Einfuhren geringfügig veränderter manueller Palettenhubwagen mit Ursprung in der Volksrepublik China ausgeweitet.

Gegenstand dieser Überprüfung sind manuelle Palettenhubwagen und wesentliche Teile davon (Chassis und Hydrauliken). Derartige Waren werden derzeit unter den KN-Codes ex 8427 90 00 (TARIC-Codes 8427 90 00 11 und 8427 90 00 19) und ex 8431 20 00 (TARIC-Codes 8431 20 00 11 und 8431 20 00 19) eingereiht.

Stellungnahmen und Anträge interessierter Parteien sind schriftlich innerhalb der in der Bekanntmachung angegebenen Fristen bei der EU-Kommission einzureichen.

Anschrift der Kommission:

Europäische Kommission - Generaldirektion Handel - Direktion H

Büro: CHAR 04/039

BELGIQUE/ BELGIËE

E-Mail-Adressen:

TRADE-R654-HPT-DUMPING@ec.europa.eu

TRADE-R654-HPT-INJURY@ec.europa.eu

Ländernotizen

Ägypten: Einfuhrverbot für Krafträder mit Zweitaktmotoren

(gtai) - Das ägyptische Handelsministerium hat zum 10. Oktober 2016 ein Einfuhrverbot für sämtliche Krafträder mit Zweitaktmotor erlassen. In der Einfuhrverbotsliste in Anhang I der Durchführungsbestimmungen zum Import and Export Law 118/2005 waren bislang lediglich Zweitaktkrafträder ohne Öleinspritzpumpe aufgeführt.

Ägypten: Exportzölle auf bestimmte Metallerzeugnisse und Abfälle verlängert

(gtai) - Das ägyptische Handelsministerium erhebt mit Dekret 770/2016 weiterhin spezifische Exportzölle auf bestimmte Metallerzeugnisse sowie deren

Abfälle und Schrott. Bei den Metallen handelt es sich um Kupfer, Blei, Aluminium, Eisen und Stahl sowie Zink. Die Exportzölle betragen je nach Erzeugnis zwischen 650 ägypt£/t (für Eisen und Stahl) und 7.500 ägypt£/t (für Kupfer). Für Kunststoffabfälle (außer Granulat) ist ein Exportzoll von 1.600 ägypt£/t zu entrichten. Bei Abfällen von Papier und Karton werden 1.400 ägypt£/t erhoben. Die Verlängerung der Exportzölle gilt für ein Jahr, gerechnet ab dem 14. September 2016. Lieferungen, die zur Warenproduktion in einer der in Ägypten liegenden Freizonen bestimmt sind, sind von den Exportzöllen nicht betroffen.

Algerien: Neues Investitionsgesetz

(gtai) - Anfang August 2016 hat die algerische Regierung das neue Investitionsgesetz (Loi n° 16-09 du 29 Chaoual 1437 correspondant au 3 août 2016 relative à la promotion de l'investissement, veröffentlicht im Journal Officiel de la République Algérienne N° 46 vom 3.8.16; fortfolgend: InvestG) verabschiedet.

Das Wichtigste vorab: Es bleibt bei der Beteiligungsgrenze für ausländische Investoren. Artikel 4-bis altes InvestG legte fest, dass sich Ausländer zu höchstens 49 Prozent an einer Investition in Algerien beteiligen dürfen. Eine vergleichbare Vorschrift enthält das neue InvestG zwar nicht. Gleichwohl gibt es sie noch, und zwar nahezu wortgleich in Artikel 66 des Finanzgesetzes 2016 (Loi de Finances 2016). Nach wie müssen sich ausländische Investoren mit einem oder mehreren algerischen Partnern zusammenschließen und sie mit 51 Prozent an der Investition beteiligen.

Armenien: Wirtschaftsstruktur und -chancen

(gtai) - Die südkaukasische GUS-Republik Armenien ist ein kleiner Absatzmarkt. Dennoch bieten sich Geschäftschancen in einer Reihe von Branchen. Dies gilt etwa für den von der Regierung vorangetriebenen Ausbau der Transport- und Energieinfrastruktur. Einem liberalen Handelsregime und unternehmerfreundlichen Geschäftsklima steht ein schwieriges geopolitisches Umfeld gegenüber.

Äthiopien: Umweltfreundliche Industrieparks

(gtai) - Äthiopien möchte sich als international beachteter Low-tech-Produzent empfehlen. Das Land, sagen Beobachter, kann bemerkenswerte Anfangserfolge vorweisen und die Industrialisierung schaffen. Laut IWF dürf-

te Äthiopien im laufenden Jahr zur größten Volkswirtschaft in Ostafrika aufsteigen - zur Jahrtausendwende war das Bruttoinlandsprodukt Kenias noch um 72% größer. Deutsche Unternehmen sollten sich diese Entwicklung nicht entgehen lassen - trotz der aktuell angespannten politischen Lage.

Australien: Windenergie erwacht allmählich aus Dornröschenschlaf

(gtai) - Der australische Windenergiesektor erlebt einen zaghaften Aufschwung. Die Investoren sind wieder vorsichtig optimistisch, da die politischen Rahmenbedingungen berechenbarer und stabiler geworden sind. Bis zum Jahr 2020 gibt es klare Vorgaben für die Verminderung des CO₂-Ausstoßes und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Deutsches Know-how ist sehr gefragt und es gibt gute Marktchancen in der gesamten Wertschöpfungskette.

Brasilien: Investitionen sollen Wirtschaft aus der Rezession führen

(gtai) - Mit dem erfolgreichen Abschluss des Impeachments gegen Dilma Rousseff ging die 13-jährige Ära der Arbeiterpartei PT in Brasilien zu Ende. Priorität der Regierung Temer ist es nun, die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Eine Rentenreform, die das Rentenalter auf 65 Jahre heraufstuft, soll als erstes durchgesetzt werden. Auch will Temer die Erhöhung der Staatsausgaben zukünftig per Gesetz mit dem Inflationsniveau deckeln.

Bulgarien: Kaufkraft und Konsumverhalten

(gtai) - Das Konsumklima hellt sich in Bulgarien etwas auf. Trotz anhaltender Struktur- und Demographieprobleme entwickeln sich Gesamtwirtschaft und privater Verbrauch günstiger als erwartet. Allerdings liegen Einkommen und Vermögen sowie Kaufkraft noch deutlich unter EU-Durchschnittsniveau. Die innerbulgarischen Einkommensunterschiede sind erheblich. Dennoch sind bestimmte Städte und Regionen durchaus interessant.

China: Mit "Made in China" an die Weltspitze

(gtai) - Das strategische Industrieentwicklungsprogramm "China 2025" gleicht einer Kampfansage an das internationale Innovations- und Technologieetablissement. Das Papier skizziert Chinas Marschroute an die industrielle Weltspitze. Wer künftig Weltmarktführer bleiben oder werden will - ob aus- oder inländisch - dürfte an "Made in China 2025" und seinen Ergebnissen nicht vorbeikommen. Deutschland zählt zu den bevorzugten Technologiepartnern. Erste Pilotprojekte zeigen dies bereits.

China: Globaler Schiffsbau bleibt im Krisenmodus

(gtai) - Der globale Schiffsbau liegt auch neun Jahre nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise am Boden. Die weltweiten Neubestellungen halbierten sich im 1. Halbjahr 2016, und das weitbeachtete Barometer für Schüttgüter, der Baltic Dry Index, der für die internationalen Frachtraten entscheidend ist, liegt immer noch um mehr als 90% unter seinem Höchststand. Unterdessen arbeitet sich die VR China im Schiffsbau unaufhaltsam an die Spitze.

Cote d'Ivoire: Wichtigen Absatzmarkt für Maschinen

(gtai) - Côte d'Ivoire wird als Absatzmarkt für Maschinen zunehmend interessant. Bereits seit 2012 wächst die Wirtschaft rapide und damit auch der Umfang der Maschinenlieferungen. Für 2016 deutet sich ein weiterer Sprung an. Deutsche Unternehmen sind wenig präsent und verfügen dementsprechend nur über geringe Marktanteile. Gerade im Bereich Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen, Baumaschinen sowie für Fördertechnik dürfte der ivorische Markt auch für deutsche Lieferanten zahlreiche Chancen bieten.

Frankreich: Automarkt in guter Verfassung

(gtai) - Der Absatz von Neuwagen in Frankreich ist in den ersten drei Quartalen 2016 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 6,3% gestiegen. Nutzfahrzeuge konnten dabei noch deutlich stärker zulegen als Pkw. Fortgesetzt haben sich zwei Trends bei der Motorisierung: der Dieselanteil nimmt ab, Elektroautos gewinnen an Marktanteil. Umfragen zeigen allerdings auch, dass die Käufer Diesel weiterhin in Betracht ziehen.

Ghana: Rechtliche Rahmenbedingungen in a Nutshell

(gtai) - In West-Afrika gehört die Republik Ghana neben Côte d'Ivoire und Nigeria zu den interessantesten Märkten. Wer dort investieren möchte, sollte sich im Vorfeld auch über das geltende Recht informieren. Nachstehend finden Sie einen kurzen Überblick.

Rechtsrat vor Ort ist und bleibt aber unverzichtbar. Ohne die Zusammenarbeit mit einem qualifizierten Anwalt im Land kann eine chancenreiche Perspektive schnell zu einer riskanten Herausforderung werden.

Empfehlenswert ist zudem die frühzeitige Einbindung der ghanaischen Investitionsbehörde, des Ghana Investment Promotion Centre.

Indien: Gute Perspektive für Bio- und Labortechnik

(gtai) - Die Nachfrage nach Analyse-, Bio- und Laborinstrumenten für die indische Industrie und Wissenschaft hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Getragen wird das Wachstum von der Entwicklung in Schlüsselsektoren wie Biotechnologie und Pharmazie. Insgesamt ist Indien auf die Einfuhren von technischer Ausrüstung sehr angewiesen. Deutsche Hersteller sind gut aufgestellt.

Italien: Werkzeugmaschinenbauer sind vorsichtig optimistisch

(gtai) - Der Werkzeugmaschinenbau ist eine bedeutende Sparte des Maschinen- und Anlagebaus in Italien. Fördermittel der Regierung verhalfen der exportorientierten Branche in den letzten zwei Jahren zum Wachstum. Deutschland ist Italiens wichtigster Handelspartner, rund ein Drittel der importierten Werkzeugmaschinen wird von deutschen Herstellern produziert.

Italien: Wieder der größte Weinproduzent der Welt

(gtai) - In der Weinproduktion ist Italien Weltmeister: Gut 18% des weltweiten Weinangebots kommt aus Italien. Gleichzeitig rangiert das Land nach Frankreich auf Platz zwei der Exporteure. Zudem ist Italien weltweit der drittgrößte Weinkonsument, knapp hinter Frankreich und den USA. Doch die Importe summierten sich 2015 immerhin auf 308 Mio. Euro. Deutschland rangiert auf Platz 5 der Lieferländer.

Irland: Unternehmer müssen Bauabzugssteuer beachten

(gtai) - Die in Irland zu entrichtende Bauabzugssteuer ("Relevant Contract Tax") müssen deutsche Unternehmen, die Bauleistungen in Irland erbringen, "auf dem Schirm" haben. Fehlende Registrierungen können empfindliche Strafzahlungen nach sich ziehen.

Israel: Bekanntgabe ausländischer Ausschreibungssieger für Wohnungsbauprogramm

(gtai) - Ende Oktober 2016 gaben das israelische Finanzministerium und das Bauministerium das Ergebnis einer Ausschreibung zur Zulassung von sechs ausländischen Bauunternehmen zum Wohnungsbau bekannt. Die sechs Sieger erhalten die Genehmigung, fünf bis acht Jahre lang in Israel Wohnungsbauprojekte durchzuführen. Um den Zuschlag hatten sich 50 Firmen aus einer Reihe von Ländern beworben.

Kanada: Atlantikprovinzen bieten Potenzial für Windenergie

(gtai) - Kanadas Atlantikküste zählt zu den Gebieten mit der höchsten Windintensität in Nordamerika. Die vier Provinzen bieten daher Wachstumspotenzial für die Windstromerzeugung. Die Nähe zu den USA eröffnet zudem die Möglichkeit, Strom in die Neuenglandstaaten zu exportieren. Mit der geplanten Einführung einer landesweiten CO₂-Steuer könnten darüber hinaus die bestehenden Kohlekraftwerke in der Region langfristig durch Windkraftanlagen ersetzt werden.

Kanada: Modernisierung der Strominfrastruktur

(gtai) - Kanada will in den kommenden Jahren Milliarden in sein Stromnetz investieren. Die Übertragungs- und Verteilungsinfrastruktur ist in weiten Teilen veraltet. Zudem soll sich der Strombedarf wegen des Bevölkerungswachstums in den nächsten 20 Jahren um schätzungsweise 20% erhöhen. In den Provinzen befinden sich eine Reihe von Großvorhaben in der Planung.

Kanada: Sonnige Aussichten für Solarindustrie

(gtai) - Anders als die Windkraft spielt die Solarenergie im kanadischen

Strommix mit einem Anteil von 1% noch eine untergeordnete Rolle. Dies könnte sich allerdings in den kommenden Jahren ändern. Die Provinz Alberta hat bereits eine Reihe kleinerer Förderprogramme aufgelegt und prüft nun, ob der Strombedarf der öffentlichen Gebäude künftig zur Hälfte in Photovoltaikanlagen erzeugt werden kann.

Kanada: Nahrungsmittelverarbeitende Industrie investiert

(gtai) - Die kanadische Lebensmittelindustrie befindet sich weiter auf Wachstumskurs. Die Branche profitiert von einem soliden Binnenmarkt und einer steigenden Nachfrage aus dem Ausland. Damit die Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben, müssen sie in effiziente Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen investieren. Der Bedarf wird zum Teil durch Importe gedeckt. Deutschland ist nach den USA der wichtigste Lieferant von entsprechender Ausrüstung nach Kanada.

Kenia: Mittelstand entdeckt den Luxus

(gtai) - Alleine in der kenianischen Hauptstadt Nairobi gibt es mittlerweile Einkaufszentren mit einer Gesamtfläche von 391.000 qm. In der Pipeline sind weitere 470.000 qm. Alle brauchen neue Geschäfte und neue Waren - vor allem importierte. Die Angebotspalette der einheimischen Industrie ist recht überschaubar. Zielgruppe der Malls ist der neue Mittelstand mit einer ständig steigenden Kaufkraft. Damit finden auch hochpreisige Qualitätswaren ihre Käufer - eine Chance für deutsche Unternehmen.

Korea: Batteriehersteller kämpfen mit Problemen

(gtai) - Die koreanischen Produzenten von Batterien mussten zuletzt Rückschläge verkraften. So wurden LG Chem und Samsung SDI Mitte 2016 die Zertifizierungen als Akkuhersteller in der VR China verweigert. Ferner hat Samsung auf dem Heimatmarkt mit den Problemen heiß gelaufener Stromspeicher im Modell Galaxy Note 7 zu kämpfen. Im Gegenzug kündigten die Batterielieferanten umfangreiche Investitionen in den Aufbau neuer Werke in Osteuropa an.

Korea: Umweltfreundliche Energien

(gtai) - Die koreanische Regierung setzt auf umweltfreundliche Energien und plant ein milliardenschweres Investitionsprogramm. Neben dem Bau neuer Kraftwerke auf Basis erneuerbarer Energien ist vorgesehen, auch die Umweltanforderungen an die Stromerzeuger nach oben zu schrauben. Die Zahl der Erzeuger soll ausgeweitet, der Energiemarkt dereguliert und der Anteil von Kohlekraft reduziert werden. Alte Anlagen will man schließen und neuere Kraftwerke überholen.

Luxemburg - Reform des Gesellschaftsrechts

(gtai) - Zum 23. August 2016 ist eine umfassende Reform des luxemburgischen Gesellschaftsrechts in Kraft getreten. Die Änderungen betreffen überwiegend Details aus dem Bereich der Unternehmensführung und -verwaltung. Bei einigen handelt es sich um Neuregelungen, andere importieren nur bislang schon geübte Praktiken. Hier eine kurze, nicht abschließende Auswahl einiger Neuerungen:

Die luxemburgische Aktiengesellschaft (S.A. - „société anonyme“) kann künftig kostenlose Aktien an Mitarbeiter und Management ausgeben. So sollen finanzielle Anreize für gute Leistungen erleichtert werden. Überdies sind die bisher geltenden Regelungen für die Ausgabe von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht deutlich vereinfacht worden. Schließlich wird die Möglichkeit von Beschränkungen der Übertragbarkeit von Anteilen erstmals gesetzlich anerkannt.

Auch für die luxemburgische GmbH (S.à.R.L. - „société à responsabilité limitée“) hat es wesentliche Änderungen gegeben. So sind künftig Änderungen der Satzung an eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit des Kapitals geknüpft, und nicht mehr wie bisher an die Mehrheit der Zahl der Anteilseigner. Die Höchstgrenze für die Zahl der Anteilseigner ist im Zuge der Reform von 40 auf 100 deutlich erhöht worden, gleichzeitig wurde das Mindestkapital abgerundet, und zwar von 12.394,68 Euro auf 12.000 Euro.

Ganz neu ist die Rechtsform der S.A.S. („société par actions simplifiée“), die sich durch ein besonderes Maß an Flexibilität bei der Gestaltung der Satzung der Gesellschaft auszeichnet. Die S.A.S. folgt im Wesentlichen den Vorschriften der S.A., darf allerdings im Unterschied zu dieser ihre Anteile nicht an Börsen handeln. Die S.A.S. soll sich besonders für joint ventures und start-ups eignen, da sie durch ihre Flexibilität individuelle Bedürfnisse für besondere Gestaltungen befriedigen kann.

Für neu gegründete Gesellschaften gilt das neue Recht sofort, bereits bestehende Gesellschaften müssen binnen zwei Jahren ihre Satzungen an die neue Rechtslage anpassen, allerdings gilt das neue Recht auch hier, wenn und insoweit die Satzungen in konkreten Punkten schon heute mit dem neuen Recht kompatibel sind.

Mexiko: Energierecht mit Paradigmenwechsel

(gtai) - Auch deutsche Unternehmen können sich in Mexiko seit der Energie-reform 2013 vermehrt im Energiesektor engagieren. Nicht nur in der Öl- und Gasbranche sind nach Wegfall des Monopols des staatlichen Unternehmens Pemex (Petróleos de México) private Investoren gefragt, auch der liberalisierte Strommarkt bietet neue Geschäftschancen für ausländische Unternehmen. Zwar ist die Vergabe von Konzessionen nach wie vor verboten, andere Ver-tragsformen sind jedoch möglich.

Das vom mexikanischen Kongress Ende 2013 verabschiedete Reformpaket führte zu umfassenden Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen des Energiesektors. Neben einer Verfassungsänderung wurden im Zuge der so ge-nannten sekundären Gesetzgebung (legislación secundaria) Mitte 2014 insge-samt 21 Gesetze neu erlassen oder geändert. Hauptziel der Reform im Öl- und Gassektor ist die Erhöhung der Fördermengen unter Beteiligung privater Investoren und die Einführung wettbewerbsfähiger Preise. Im Strommarkt sollten vor allem die Kosten sinken und der Anteil erneuerbarer Energien steigen. Mexiko verspricht sich dadurch zusätzliches Wirtschaftswachstum sowie neue Arbeitsplätze.

Niederlande: Kreditvergabe und Zahlungsmoral

(gtai) - Zahlungsverkehr und Exportfinanzierungen mit niederländischen Un-ternehmen sind selten problematisch. Bankkredite bilden für kleine und mitt-lere Unternehmen (KMU) die Hauptfinanzierungsquelle. Allerdings gestaltet sich der Zugang zu Krediten für KMU noch schwierig, wodurch auch andere Finanzierungsquellen in den Vordergrund rücken. Die Ablehnungsquote von Darlehen bei Banken ist im europäischen Vergleich hoch. Die Aussichten bes-sern sich jedoch. Die Zahlungsmoral des Landes ist gut.

Norwegen: Ausbau der Windenergie

(gtai) - Der norwegische Windenergieverband Norwea rechnet im Jahr 2016 mit Investitionsentscheidungen für neue Anlagen mit einer Kapazität von insgesamt 2.000 MW. Sollte sich das bewahrheiten, käme Norwegen auf ein Stromerzeugungspotenzial aus Windkraft von 10 TWh pro Jahr. Dabei enga-gieren sich immer mehr Investoren aus dem Ausland, darunter Finanzinvesto-ren und Versorgungsunternehmen - auch deutsche.

Polen: Verpackungsindustrie erhöht Kapazitäten

(gtai) - In Polen steigt die Nachfrage nach Verpackungen, deshalb bauen die Hersteller ihre Kapazitäten aus. Ein Grund für diese Entwicklung ist der steigende Konsum im Inland. Hinz kommt, dass immer mehr verpackte Produkte exportiert werden. Auch die Verpackungen selbst sind im Ausland gefragt. Nicht zuletzt schlägt der steigende Bedarf an Transportverpackungen zu Buche.

Polen: Zahlungen über 15.000 Zloty nur noch per Überweisung möglich

(gtai) - Ab dem 1. Januar 2017 werden Unternehmen in Polen jegliche Zahlungen über 15.000 Zloty (Zl; etwa 3.500 Euro; 1 Euro = 4,2813 Zl; Stand: 7.10.16) nur noch per Überweisung tätigen können, falls sie sie als Kosten geltend machen wollen. Dies geht aus dem Gesetz über die Änderung des Gesetzes über die Besteuerung von Einkommen natürlicher Personen, des Gesetzes über die Besteuerung der Einkommen juristischer Personen sowie des Gesetzes über die Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit vom 13. April 2016 hervor. Der Originalwortlaut der neuen Vorschriften ist in der Online-Fassung des polnischen Amtsblattes abrufbar.

Nach Auskunft des polnischen Finanzministeriums gegenüber der Tageszeitung Rzeczpospolita werden in solchen Fällen ebenfalls über Internetzahlungsdienstleister wie Paypal oder Payu getätigte Zahlungen akzeptiert. Die neue Regelung wirft viele Fragen auf, da sie unter anderem keine Ausnahmen für Ausgleichs, Aufrechnungen oder den Gütertausch vorsieht. Worauf sich Unternehmen genau einstellen müssen, wird erst eine allgemeine Interpretation des Finanzministeriums klären können.

Polen: Gastronomen schwingen eifrig den Kochlöffel

(gtai) - Die Nachfrage nach Gastronomieleistungen wächst in Polen. Berufstätige wie auch die steigende Anzahl von Reisenden wollen versorgt werden. Die Investitionen in Restaurants und andere Einrichtungen nehmen zu; Großküchentechnik ist gefragt. Einen regelrechten Boom verzeichnet das Trinken von Kaffee außer Haus, der in Cafes, Bäckereien, Supermärkten, Zeitungsläden und an Tankstellen erhältlich ist. Die Starbucks-Kette expandiert; Second Cup aus Kanada betritt den Markt.

Russland: Industrie 4.0 wird langsam angegangen

(gtai) - Das Internet der Dinge (Internet of Things) entwächst in Russland nur langsam seinen Kinderschuhen. Der Markt erweist sich dabei als äußerst fragmentiert. Der erste Wachstumsschub ist schon vorüber. Im Weiteren ist nur mit mäßigen Umsätzen bis 2020 zu rechnen. Denn die Industrie muss erst in eine Phase hineinwachsen, bei der Produktionssteigerungen ohne Internet-of-Things-Anwendungen nicht mehr möglich sind. Anbieter organisieren sich derweil in Initiativen und auf Plattformen.

Russland: Kooperation mit Japan wird ausgebaut

(gtai) - Zwischen Russland und Japan wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit spürbar enger. Russland ist dabei vor allem an Technologietransfer und Finanzierungen interessiert. Japan sieht wiederum den russischen Fernen Osten als einen interessanten Markt für den Export seiner Industriegüter und Dienstleistungen. Auch zur Deckung des Bedarfs an Rohstoffen, Energieträgern und im wachsenden Maße an Agrargütern schlägt die japanische Seite Projekte vor.

Russland: Neue Regelungen für Abfallrecycling

(gtai) - Russland will seine Altstoffe besser wiederverwerten. Ab 2017 müssen Hersteller und Importeure gebrauchte Waren und Verpackungen eigenständig entsorgen oder dafür zahlen. Die Verpflichtung gilt zwar bereits seit Mitte 2015. Doch Gebühren werden erst ab Januar 2017 erhoben. Im Augenblick wird die Liste mit Waren und Verpackungen noch ergänzt und geändert. Aber klar ist: Die Gebühr kommt. Und sie soll dem Staat über 1 Milliarde Rubel Einnahmen bescheren.

Taiwan: Getränkeindustrie fehlen Wachstumsimpulse

(gtai) - Taiwans Getränkemarkt wächst kaum. Dabei spielt sicherlich der geringe Bevölkerungszuwachs eine Rolle. Zudem hat trotz der gestiegenen Touristenzahlen der vergangenen Jahre der Getränkeabsatz kaum neue Impulse erhalten. Darunter liefert Deutschland mengen- und wertmäßig deutlich weniger als beispielsweise europäische Nachbarländer.

Türkei: Verkündung mittelfristiger Wirtschaftsziele 2017 bis 2019

(gtai) - Die türkische Regierung hat Anfang Oktober 2016 das mittelfristige Wirtschaftsprogramm 2017 bis 2019 verkündet. Darin sind die makroökonomischen Ziele und Prognosen für die kommenden Jahre enthalten. So erwartet der Staat für das Jahr 2017 eine Zunahme des BIP um 4,4% und rechnet mit deutlich mehr Investitionen. Um das Wirtschaftswachstum zu stärken und öffentliche Infrastrukturprojekte voranzutreiben, will die Regierung eine expansivere Finanzpolitik betreiben.

Ukraine: Abschaffung der einheitlichen Preisindikatoren für den Zollwert

(gtai) - Die Ukraine hebt die vor einem Jahr eingeführten einheitlichen Preisindikatoren zur Bestimmung des Zollwerts bei der Einfuhr von Waren auf. Diese Preisindikatoren wurden im Risikomanagement des Zolls eingeführt und sollten verhindern, dass Waren zu künstlich verringerten Preisen eingeführt werden. Der staatliche Fiskaldienst wurde angewiesen, aufgrund der durchschnittlichen Zollwerte der jeweiligen Warengruppen der letzten 6 Monate Preisindikatoren zu bilden. Daraus folgte, dass bei der Angabe eines geringeren Zollwerts dieser unter Umständen aufgrund der Risikoanalyse nicht vom Zoll anerkannt wurde. Mit der Verordnung des Ministerkabinetts vom 5.10.16 ist diese Art der Risikoanalyse abgeschafft worden. Der tatsächlich gezahlte Kaufpreis fand nach Angaben des Ministerkabinetts zu wenig Berücksichtigung bei der Erstellung der Indikatoren, was zu einer künstlichen Erhöhung des Zollwertes führte. Nach dem Wegfall der Preisindikatoren wird der Zollwert aufgrund des tatsächlich gezahlten Kaufpreises bestimmt.

Ukraine: Ernährungswirtschaft zieht Investitionen an

(gtai) - Die Ernährungswirtschaft gilt in der wirtschaftlich angeschlagenen Ukraine als einer der dynamischsten Wirtschaftssektoren. In den nächsten Jahren sind zahlreiche Modernisierungs- und Ausbauprojekte geplant. Für 2016 bis 2018 werden Investitionen von bis zu 8 Mrd. US\$ erwartet. Die jährliche Wertschöpfung in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie des Landes liegt derzeit noch weit unter ihren Möglichkeiten.

USA: LNG-Marktschwäche stellt Pläne für neue US-Exportterminals infrage

(gtai) - Verschlechterte globale Marktbedingungen gefährden in den USA die Wirtschaftlichkeit neuer Exportterminals für verflüssigtes Erdgas (LNG). Mögliche Abnehmer in Asien und Westeuropa können Erdgas derzeit zu günstigen Preisen aus anderen Quellen beziehen. Ohne eine nachhaltige Markterholung dürfte nur ein kleinerer Teil der jetzt geplanten Vorhaben realisiert werden.

USA: Ausfuhrfreigabe für Rohöl zeigt bislang wenig Wirkung

(gtai) - Die Aufhebung des faktischen Ausfuhrverbots für Rohöl hat der US-Ölindustrie bislang nicht die erhofften Exportsteigerungen beschert. Wegen des weltweiten Überangebots hält sich die Auslandsnachfrage in Grenzen. Auch die Länder der Europäischen Union zeigen erst wenig Interesse. Wegen der niedrigen Preise für die Nordsee-Sorte Brent sind Erdölimporte aus den USA zurzeit nur wenig attraktiv.

Vietnam: Ausbau der Tiefwasserhäfen

(gtai) - Die vietnamesischen Häfen verzeichnen ein beeindruckendes Wachstum beim Umschlag an Fracht. Die Regierung plant daher sowohl den Ausbau bestehender als auch den Bau neuer Häfen insbesondere im südlichen Landesteil. Zudem soll die Verkehrsanbindung erleichtert werden. Die logistische Infrastruktur bleibt noch verbesserungswürdig.

Auslandsangebote/ -anfragen

Abnehmer von Getreide, Früchten und Samen aus Ghana gesucht

(AHK) - Ein ghanaisches Handelsunternehmen, das im Import und Exportgeschäft tätig ist, hat Interesse daran gezeigt bestimmte Produkte nach Deutschland zu exportieren. Die Auslandshandelskammer (AHK) Ghana bietet

ihre Unterstützung bei der Geschäftsvermittlung an.

Eine Liste von Produkten, die das Handelsunternehmen exportieren möchte und weitere Informationen erhalten Sie bei: Richard Ekow Mensah, AHK Ghana, Tel.+ 233-(0)-302 631681/2/3, Fax: + 233-(0)-302 631684, E-Mail: richard.mensah@ghana.ahk.de, Internet: <http://ghana.ahk.de>.

Allgemeines

Deutscher Unternehmerpreis für Entwicklung 2017

Der Wettbewerb um den Deutschen Unternehmerpreis für Entwicklung 2017 ist eröffnet. Der Preis zeichnet unternehmerisches Engagement mit einer positiven Wirkung für Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern aus. Bis zum 23. Dezember 2016 können sich Unternehmen unter www.deutscher-unternehmerpreis.de bewerben. Der Deutsche Unternehmerpreis für Entwicklung wird in zwei Kategorien verliehen:

Die Kategorie „Wirtschaft für Entwicklung“ (dotiert mit 35.000 Euro) zeichnet Unternehmen aus, die mit ihrem Kerngeschäft bereits erfolgreich entwicklungspolitische Wirkungen erzielt haben. Die Kategorie „Innovation für Entwicklung“ (dotiert mit 25.000 Euro) richtet sich an Unternehmen, die mit einer innovativen Idee für ein Produkt oder eine Dienstleistung nachhaltiges Wirtschaften vor Ort fördern und die Lebensbedingungen der Menschen langfristig verbessern wollen. Die Preisverleihung findet am 10. Februar 2017 im Rahmen des German-African Business Summit (GABS) in Nairobi statt. Weitere Informationen rund um den Deutschen Unternehmerpreis für Entwicklung 2017 sowie die Bewerbungsunterlagen finden Sie online unter www.deutscher-unternehmerpreis.de.

Veröffentlichungen

Iran: Merkblatt über gewerbliche Wareneinfuhren

(gtai) - Das Zollmerkblatt Iran bietet deutschen Exporteuren einen Überblick über die aktuellen Zoll- und Einfuhrbestimmungen. Neben einer Darstellung handelspolitischer Rahmenbedingungen enthält die Broschüre Details zu Zollverfahren, Warenbegleitpapieren, Einfuhrabgaben sowie den Verboten und Beschränkungen. Das Zollmerkblatt Algerien können Sie kostenlos nach vor-

heriger Registrierung downloaden unter www.gtai.de/zollmerkblaetter.

Kuba: Merkblatt über gewerbliche Wareneinfuhren 2016

(gtai) - Bei der Einfuhr von Waren in nach Kuba sind eine Vielzahl von Vorschriften und Regelungen zu beachten. Die frühzeitige Information über Einfuhrverfahren, zu zahlende Abgaben und mögliche Verbote und Beschränkungen hilft, Verzögerungen an der Grenze und damit zusätzliche Kosten zu vermeiden. Download unter: www.gtai.de/zollmerkblaetter.

Russische Föderation: Merkblatt über gewerbliche Wareneinfuhren

(gtai) - Das Merkblatt Russland bietet einen Überblick über gängige Einfuhrverfahren. Daneben finden sich auch Angaben zu aktuellen Steuer- und Gebührensätzen sowohl für die Zollabfertigung als auch beispielsweise für die Abwrackgebühr. Das Merkblatt kann nach vorheriger Registrierung kostenlos unter www.gtai.de/zollmerkblaetter heruntergeladen werden.

Impressum

Herausgeber:
Niedersächsischer Industrie- und
Handelskammertag (NIHK)
Hinüberstraße 16/18
30175 Hannover

im Verbund mit der IHK Braunschweig, der Handelskammer Bremen und der
IHK Bremerhaven

Mitglieder des Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertages (NIHK)
sind:

Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg
Oldenburgische Industrie- und Handelskammer
Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland
Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg
Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der jeweiligen
IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter:

www.ihk-emen.de
www.ihk-lueneburg.de
www.ihk-oldenburg.de
www.osnabrueck.ihk24.de
www.stade.ihk24.de
www.ihk-braunschweig.de
www.handelskammer-bremen.de
www.bremerhaven.ihk.de

Ansprechpartner im Geschäftsbereich International der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg:

Murat Özdemir	Tel. 04921 8901 24 E-Mail: murat.oezdemir@emden.ihk.de
Hannelore van Westen	Tel. 04921 8901 74 E-Mail: hannelore.vanwesten@emden.ihk.de
Meike Westerman	Tel. 04921 8901 31 E-Mail: meike.westerman@emden.ihk.de
Elke Wiertzema	Tel. 04921 8901 31 E-Mail: elke.wiertzema@emden.ihk.de

Anforderungsbogen

Fax-Nr.: 04921 8901 9274
Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg
International
Ringstraße 4
26721 Emden

Anforderung von Informationsmaterial – Außenwirtschaft aktuell Dezember 2016
Wir bitten um die Übersendung von Informationsmaterial (bitte Thema und Seite angeben):

Die Unterlagen erbitten wir an folgende Anschrift:
(Bitte deutlich schreiben!)

Firma:

Straße:

Ort:

Kontaktperson:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

- Wir sind nicht mehr am Bezug der Printversion interessiert.

Bildnachweis: shutterstock.com

